

## Rudolf Ladwig

### Die säkulare Szene – von innen gesehen

#### *Verbände und Politik*

Die Schwäche der säkularen Szene in Deutschland zeigt sich auch darin, dass sie bislang nicht einmal eine aktuelle Selbstdarstellung hervorgebracht hat und somit weiterhin dieses Thema der interessegeleiteten Fremddarstellung durch kirchliche Beobachter überlässt.<sup>1</sup> Auch dieser Text wird leider keine Überblicksdarstellung bzw. -analyse der Verbändelandschaft, ihrer Historie<sup>2</sup>, Entwicklung, Potenziale<sup>3</sup>, Grenzen und Strukturen bieten. Ebenso wird die Selbstzuordnung zur säkularen Szene nicht problematisiert bzw. die Definition des Säkularen ausgespart. Anhand der eingegangenen Antworten<sup>4</sup> von Repräsentanten wird lediglich – gefiltert noch durch den Standpunkt des Verfassers – interpretiert, wie einige aktuelle Themen diskutiert werden.

Ausgangspunkt ist eine gemeinsame Erfahrung, dass die Anliegen der Säkularen im politischen Raum nicht angemessen perzipiert werden. Diejenigen größeren säkularen Verbände, die sich in konkreten praktischen Arbeitsfeldern engagieren, also als Anbieter von sozialen, kulturellen und humanitären Leistungen auftreten, sind dort, wo Politik nicht extrem kirchenparteilich agiert, in dieser Funktion in Gleichstellung mit anderen Wohlfahrtsverbänden anerkannt.

---

<sup>1</sup> Vgl. Matthias Pöhlmann: Kampf der Geister. Die Publizistik der „Apologetischen Centrale“ (1921-1937). Stuttgart Berlin Köln 1998. – Andreas Fincke: Freidenker – Freigeister – Freireligiöse. Kirchenkritische Organisationen in Deutschland seit 1989. EZW-Texte Nr. 162. Berlin 2002, S.36. – Andreas Fincke (Hg.): Woran glaubt, wer nicht glaubt? Lebens- und Weltbilder von Freidenkern, Konfessionslosen und Atheisten in Selbstaussagen. In: EZW-Texte Nr. 176, Berlin 2004. – Kritisch dazu: <http://www.ibka.org/artikel/rundbriefe04/ezw.html> – Matthias Pöhlmann: Evangelische Apologetik im Wandel der Zeit. In: Die EZW im Zug der Zeit, EZW-Texte Nr. 154, Juli 2000, S.10. – Kritisch dazu: <http://www.ibka.org/artikel/rundbriefe04/apol.html>

<sup>2</sup> Erst am 14. Januar 1993 gegründet, feierte der Berliner Landesverband des HVD doch bereits am 16. März 2005 sein einhundertjähriges Bestehen unter dem irreführenden Titel *100 Jahre HVD* legitimiert durch einen – zudem bestreitbaren – historischen Rückgriff auf den proletarischen Berliner *Verband der Freidenker für Feuerbestattung* von 1905. Dabei sind die nur 13 realen Jahre des HVD eine in der Szene beispiellose Erfolgsgeschichte.

<sup>3</sup> Sowohl bei der Bundesdelegiertenkonferenz des DFV 2003 als auch bei der Bundesdelegiertenkonferenz des HVD 2006 wurde jeweils seitens der Vorstände – mit Verweis auf zu komplexe unterschiedliche Zählverfahren und Mitgliedersysteme in den Landesverbänden – den eigenen Delegierten erklärt, man sei außerstande, exakte Mitgliederzahlen vorzulegen. Man tut den Verantwortlichen wohl kaum Unrecht, wenn man unterstellt, dass diese doch gewiss verantwortungsvollen Vorstände intern weit weniger ahnungslos sein dürften, ob der jeweilige Verband wächst oder schrumpft, welche regionalen Trends es gibt, wie die Altersstruktur und die Geschlechterverteilung sich darstellen. Der Verdacht – und das gilt für fast alle anderen säkularen Verbände auch – liegt nahe, dass die öffentlich genannten Angaben zur Mitgliedschaftszahl deutlich überzogen sind und auch eine Überalterung der Mitgliedschaft besteht.

<sup>4</sup> Zur Vorbereitung auf meinen kleinen Beitrag zur Tagung habe ich Mitte Oktober 2005 fast sechzig Verbände und Personen angeschrieben mit der Bitte, mir einige Fragen zu beantworten. Auch aufgrund der Kürze der Zeitspanne erhielt ich nur 15 Reaktionen. Davon waren 13 inhaltlich. Von diesen antworteten die Meisten nicht auf alle gestellten Fragen. Einige Antwortenden deklarierten ihre Reaktion als nicht dem betreffenden Verband zurechenbare Privatmeinung. Andere Antworten von Einzelverbänden verwiesen insbesondere auch auf eine mir zugestellte Reaktion des jeweiligen „Oberhäuptlings“. Mein Herantreten an Einzelverbände wurde also gelegentlich als unsittliche Umgehung der gebotenen hierarchischen Kleiderordnung und als heimtückischer Versuch des Herauskitzeln von Meinungsunterschieden perzipiert – eine offenbar angstbesetzte Vorstellung.

Eine Gleichberechtigung mit den Kirchen ist jedoch nirgends feststellbar! Während beispielsweise der HVD in Berlin weitgehend etabliert ist und sich im Wettbewerb entfalten kann, steht ihm in Bayern eine parteilich ablehnende Landesregierung gegenüber, der mancher Entwicklungsschritt erst mühsam gerichtlich abgetrotzt werden muss. Das Themenfeld „Trennung von Staat und Kirche“ hingegen werde von Parteien und Abgeordneten als Tabu behandelt. Somit käme es nicht mal zu Diskussionen darüber, inwiefern Konfessionslose diskriminiert werden und Religion hingegen den staatlichen Raum usurpiert. Während einige mutmaßen, „die Kirchenlobby verhindere ein Interesse von Politik und Medien in der Regel“, wenden andere selbstkritisch ein, dies läge aber nicht nur an der „politischen Klasse“, sondern auch daran, dass die Verbände zu wenig Antworten auf Fragen hätten, die Politiker und Medien bewegen.

Im Osten seien darüber hinaus Christen in politischen Ämtern überrepräsentiert, in fast allen Parteien. Diese zunächst insbesondere für westdeutsche Ohren überraschend klingende Feststellung ist jedoch empirisch belegt. Rudolf Mondelaers (IBKA-Berlin) hat die Konfessionsstruktur der parlamentarischen Repräsentanten in den neuen Bundesländern ermittelt und *fowid* zur Verfügung gestellt. Im Durchschnitt sind nur noch dreißig Prozent der Bürger in Ostdeutschland Kirchenmitglied, siebzig Prozent sind Konfessionsfreie. Diese deutlich konfessionsfreie Bevölkerungsmehrheit ist jedoch – je höher die politische Entscheidungsebene – desto weniger darin repräsentiert. 46,2 % der ostdeutschen Landtagsabgeordneten sind Kirchenmitglieder, 56,4 % der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten sind Kirchenmitglieder und 63,3 % der ostdeutschen Landesminister sind Kirchenmitglieder. Diese Durchschnittswerte berücksichtigen noch nicht die dazu zu rechnende Zahl derjenigen Religiösen, die auf die offizielle Angabe der Kirchenzugehörigkeit verzichtet haben. Die Kirchenzugehörigkeit liegt erwartungsgemäß bei der CDU am höchsten und bei der PDS am niedrigsten.

Ganz eindeutig ist Kirchenmitgliedschaft in der politischen Elite in einem mehrheitlich konfessionsfreien Umfeld in Ostdeutschland seit 1990 nicht gerade karrierehinderlich. Umgekehrt hingegen ist Konfessionsfreiheit in Westdeutschland weiterhin nicht karriereförderlich. Die politische Folge des weiteren Ausbaus der staatskirchenrechtlichen Privilegien ist beobachtbar. Nicht so eindeutig ist, was die Ursache für diese Verzerrung ist und wie Säkularisten dem – um nicht beim Lamento stehen zu bleiben – möglichst effektiv begegnen könnten. Also: Wie können Säkularisten bzw. säkulare Verbände miteinander künftig besser kooperieren?

## Organisatorische Folgerungen

### Sichtungskommission

Seit 2001 tagt auf Einladung der *Humanistischen Akademie Berlin (HAB)*<sup>5</sup> zwei Mal im Jahr in Berlin eine Versammlung von Vertretern säkularer Verbände. Bisher nahmen teil – in unterschiedlicher Häufigkeit: *Deutscher Freidenkerverband, Sitz Dortmund (DFV)*<sup>6</sup>, *Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW)*<sup>7</sup>, *Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS)*<sup>8</sup>, *Fachverband für weltliche Bestattungs- und Trauerkultur (FV)*<sup>9</sup>, *Giordano-Bruno-Stiftung (GBS)*<sup>10</sup>, *Humanistische Union (HU)*<sup>11</sup>, *Humanistischer Verband Deutschlands (HVD)*<sup>12</sup>, *Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)*<sup>13</sup>, *Jugendweihe Deutschland (JWD)*<sup>14</sup>.

Die *Sichtungskommission (SK)* arbeitet nach folgendem Selbstverständnis: „Die Sichtungskommission besteht aus Delegierten verschiedener Verbände, die sich dem säkularen Spektrum zuordnen. Ihr Arbeitsauftrag besteht in der Sichtung von Themen, die zur partikulären Kooperation der Verbände geeignet erscheinen. Dabei werden drei Wege verfolgt: 1. inhaltliche Erarbeitung von freigeistigen und humanistischen Positionen durch Seminare / Tagungen der einzelnen Verbände, 2. Komitees zur Vorbereitung von öffentlichkeitswirksamen Einzelaktionen, die den Verbänden zur Entscheidung zugeführt werden, 3. offener Austausch von Informationen und Meinungen.“<sup>15</sup>

Durch die *Sichtungskommission* wurden etliche der verbändeübergreifenden Aktionen der letzten Jahre möglich (u.a.): der offene Brief gegen die staatskirchliche Vereinnahmung des verstorbenen Hamburger Ehrenbürgers Rudolf Augstein, die gemeinsame Stellungnahme zum Konkordat in Brandenburg und die gegen den Staatskirchenvertrag in Hamburg. Auf Anregung des DFW haben Personen und Verbände aus der säkularen Szene mit rechtzeitig vielen Briefen an das zuständige Ministerium erreicht, dass es eine Ludwig-Feuerbach-Briefmarke geben konnte. Es gibt also durchaus Beispiele für gelungene Zusammenarbeit, welche aus der SK erwachsen.

Darüber jedoch deutlich hinausgehende Erwartungen bedürfen erst einer intensiveren Klärung. Es wäre also viel gewonnen, wenn die *Sichtungskommission* einmal etwas umfangreicher, als sich nur zweimal im Jahr für zwei Stunden zusammensetzen, in Klausur ginge, um genauer herauszufinden, was denn die gemeinsamen Schnittmengen und daraus ableitbaren Aktionen sein könnten. Ein entsprechender Termin und ein Klausurtagungskonzept wurden in der SK vereinbart. Da jedoch wesentliche Verbände keine Repräsentanten fristgemäß anmeldeten, wurde die Veranstaltung abgesagt.

Die SK muss also klären, woran das lag und wie es weiter gehen könnte. Es wäre schade, wenn die gute inhaltliche Vorarbeit zur systematischen Sichtung von Schnittmengen, die Helmut Kramer geleistet hat, nicht weitergeführt würde.<sup>16</sup>

---

<sup>5</sup> <http://www.humanistische-akademie.de/>

<sup>6</sup> <http://www.freidenker.de/>

<sup>7</sup> <http://www.dfw-dachverband.de/DFW/>

<sup>8</sup> <http://www.dghs.de/>

<sup>9</sup> <http://www.tod-kultur.org/>

<sup>10</sup> <http://www.giordano-bruno-stiftung.de/>

<sup>11</sup> <http://www.humanistische-union.de/>

<sup>12</sup> <http://www.humanismus.de/>

<sup>13</sup> <http://www.ibka.org/>

<sup>14</sup> <http://www.jugendweihe.de/>

<sup>15</sup> <http://freigeisterhaus.de/viewtopic.php?p=103458#103458> – Vgl. Rudolf Ladwig: Von der notwendigen Differenzierung zur partiellen Kooperation. Ein Plädoyer für das Aushalten von Unterschieden. In: diesseits Nr. 63/2003, 2. Quartal, S.26-27

<sup>16</sup> Vgl. *Synopse der Grundsatzklärungen einiger in der Sichtungskommission vertretenen Verbände zur Feststellung von Schnittmengen* [bisher unveröffentlichtes Manuskript].

## Dachverband

Ist also vielleicht ein Dachverband die Lösung? Gemeint ist der Ansatz, möglichst sämtliche säkularen Verbände Deutschlands in einem gemeinsamen Dachverband zu vereinen – vielleicht so, wie beim DFW. Immerhin tritt der DFW ja mit einem sehr offenen Konzept auf: „Der DFW strebt seit langem ein Dach für alle an, sieht sich aber keinesfalls schon als dieses Dach an. Es ist im Dialog zu entwickeln.“<sup>17</sup>

Der *Bund für Geistesfreiheit Bayern* (bfg) sieht – laut Helmut Steuerwald – im Dachverband eine wirkungsvolle Möglichkeit, sinnvolle Breitenarbeit zu leisten. Dadurch aber, dass wichtige Verbände eben nicht diesen Weg gingen und nicht Mitglied seien, sei natürlich seine Wirkung beschränkt. Außerdem fehlten dem Dachverband Geldmittel, um wirkungsvoller auftreten zu können. Horst Groschopp (HVD) hingegen meint: „Von den bestehenden Verbänden aus gesehen sehe ich kein 'Alle unter ein Dach'.“

Für den DFV lehnt dessen Vorsitzender, Klaus Hartmann, einen Beitritt zum DFW ab: „Für weitergehende Formen institutioneller Zusammenarbeit [gemeint ist, über die SK hinaus!], ob als Dachverband oder 'Zentralrat', die Geld kosten, und dafür unsere Eigenständigkeit einschränken würden, stehen wir nicht zur Verfügung.“<sup>18</sup>

Der IBKA als religionskritische politische Interessenorganisation passt in fester Bündniskonstellation wenig zu einem Zusammenschluss von Weltanschauungsgemeinschaften, von denen einige sich dezidiert als Religionsgemeinschaften verstehen.<sup>19</sup> Wir hätten insbesondere mit den Freireligiösen im Hinblick auf den Themenbereich „Trennung von Staat und Kirche“ so viele programmatische Unterschiede, dass sich daraus Reibungsverluste wenn nicht gar Konflikte ergäben. Oder man einigte sich auf sehr wenig aussagekräftige Kompromissformeln. Diese realistische Befürchtung sollte m.E. die Betreffenden veranlassen, sich derlei wechselseitig zu ersparen und lieber zu schauen, bei welchen konkreten Themen und Aktionen es handfeste Kooperationsmöglichkeiten gibt. Hier gibt es auch noch viel ungenutztes Potenzial.

---

<sup>17</sup> Jetzt auch in Volker Mueller: Respektvolles Streiten im Dachverband. In: Unitarische Blätter 1/2006, S.52

<sup>18</sup> Der 1881 gegründete *Deutsche Freidenkerverband* (DFV) kann auf eine bald 125jährige Geschichte verweisen – als seinerzeitige Linksabspaltung von den Freireligiösen. Als Kulturorganisation führt er – wie der HVD auch – die freireligiöse Tradition der Jugendfeiern und weltlichen Trauerrede fort. Der DFV tritt für die Trennung von Staat und Kirche ein. Als politischer Verband der marxistischen Philosophie verpflichtet, möchte der DFV den christlich-marxistischen Dialog pflegen. Der DFV versteht sich als antimilitaristisch, antifaschistisch, antirassistisch und antiimperialistisch. Diese dezidierte Ausrichtung und deren praktische Ausgestaltung begrenzt die Bündnisfähigkeit und Bündnisbereitschaft des Freidenkerverbandes in der säkularen Szene.

<sup>19</sup> Aus historischen Gründen existieren seit dem Vormärz in Deutschland sehr traditionsreiche und auch mitgliederstarke Verbände, welche sich zwar in Abgrenzung von traditioneller Religion und Kirche entwickelten, dies aber unter den Bedingungen des Bündnisses von Thron & Altar nur nach dem Muster der Konfession verwirklichen konnten. So verstehen sich „Freireligiöse“ und „Unitarier“ bis heute als Religionsgemeinschaften. Deren undogmatisches Verständnis von Religion ist deutlich von dem der monotheistischen Weltreligionen zu unterscheiden und es wäre interessant, wenn Religionskritiker mal untersuchen würden, was denn heute an den „Freireligiösen“ und „Unitariern“ eigentlich noch wirklich religiös ist. „Freireligiös“ meint primär „frei in der Religion“, nicht „frei von Religion“. Die Subsumierung der Freireligiösen und Unitarier unter das Label „säkulare Szene“ gelingt auch heute nur, wenn damit eben nicht das Nichtreligiöse oder gar Antireligiöse verstanden wird. Auch eine Selbstetikettierung als „Konfessionsfreie“ wäre zumindest etlichen Personen aus dem Spektrum der Freireligiösen und Unitarier deutlich fremd.

Nun könnte man einwenden, dass ja auch der bfg<sup>20</sup> – in vielem den Zielen des IBKA durchaus ähnlich und auf der Ortsebene mit dem IBKA gelegentlich korporativ verbunden<sup>21</sup> – Mitglied im DFW sei. Zudem gehören dem bfg Bayern ja auch einige bayerische Ortsgemeinschaften des HVD an<sup>22</sup>, was u.a. mit dem Körperschaftsstatus zu tun hat, den das Land Bayern einst dem bfg gewährte, aber heute nicht bereit ist, ihn einer weiteren säkularen Weltanschauungsgemeinschaft zuzugestehen. Mit dem HVD verbindet den bfg primär die säkulare Kulturarbeit (Jugendfeiern, weltliche Trauerreden, humanistische Bildungseinrichtungen). Mit dem IBKA verbindet den bfg insbesondere ein gemeinsames politisches Interesse an „Trennung von Staat und Kirche“. Die Verbindung des bfg Bayern zum DFW basiert auf der gemeinsamen verbandspolitischen Geschichte. Der bfg hat damit quasi eine Schlüsselfunktion für alle denkbaren Modelle neuer Verbändekooperation, da sowohl dessen Dachverband DFW, als auch der HVD und der IBKA mit dem bfg verbandspolitisch und auch über Doppelmitgliedschaften von Personen zusammenhängen. Praktisch ist jedoch bislang nicht erkennbar, dass der bfg diese Schlüsselstellung dazu entsprechend aktiv und konstruktiv nutzt.

## Zentralrat

Ist also vielleicht ein „Zentralrat“ die Lösung? Gemeint ist der von Michael Schmidt-Salomon im November 2004 erstmals öffentlich vorgetragene Vorschlag, einen *Zentralrat der Konfessionsfreien in Deutschland* zu gründen.<sup>23</sup> Nun wird aber gemunkelt, insgemein halte sich der DFW bereits für einen potenziellen Zentralrat – wenn doch nur beispielsweise DFV, HVD und IBKA ihm beitreten würden. Dass derlei jedoch absehbar nicht zu erwarten ist, wurde bereits dargelegt. Daraus ergibt sich, dass die Zentralratsidee in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Dachverbandskonzept steht.

Und so schreibt Adi Meister, zu diesem Zeitpunkt noch Vorsitzender des bfg, folgerichtig: „Im bfg Bayern gibt es hierzu [gemeint ist die Zentralratsidee, R.L.] keinen Beschluss, da wir erst einmal in unserem Dachverband, dem DFW, zu einem gemeinsamen Nenner kommen müssen.“

Im Frühsommer 2005 fand in der Ortsgemeinschaft des bfg München eine Mitgliederbefragung statt, an der – eine hohe Rücklaufquote – 42 % sich beteiligt haben. Von diesen stimmten 91 % dafür, die Zentralratsidee weiter zu verfolgen.

Die IBKA-Mitgliederversammlung hat am 02.10.2005 zum Thema Zentralrat folgenden Tendenzbeschluss gefasst: „Der IBKA unterstützt Bestrebungen, die zur Errichtung eines 'Zentralrates' der konfessionsfreien Bürger führen können.“

Laut Horst Groschopp hat der HVD „über den Zentralrat keine abschließende Beschlusslage, sieht ihn aber eher skeptisch hinsichtlich der Frage nach der Interessenvertretung der Konfessionsfreien, die es so einheitlich nicht gibt. Die Konfessionsfreien können nicht für sich sprechen, weil sie zu differenziert sind und etwa die Hälfte irgendwie religiös ist.“ Die Haltung des HVD, laut Protokoll Bundesvorstand Mai 2005, sei: „Zum Thema Zentralrat wird die bisher entwickelte und von der HVD-Delegation in der Sichtungskommission (SK) vorgetragene Position bekräftigt (Teilnahme an weiterer Debatte, noch kein Tendenzbeschluss, dazu derzeit auch kein Bedarf).“

---

<sup>20</sup> <http://www.bfg-bayern.de/home.htm>

<sup>21</sup> <http://ibka.org/infos/beirat>

<sup>22</sup> <http://www.bfg-bayern.de/ogs/org.htm> – <http://www.hvd-nuernberg.de/>

<sup>23</sup> Unter <http://www.giordano-bruno-stiftung.de/Projekte/zentralrat.html> sind wesentliche Texte zur bisherigen Zentralratsdebatte in chronologischer Reihenfolge verfügbar.

Gerhard Czermak schrieb mir am 02.11.2005: „Zu vertreten wäre m.E. nur das Spektrum derer, die aufgeklärt-humanistisch denken (wiss. Weltbild; Fowid-Ergebnisse). Die zahlreichen gemeinsamen Grundpositionen, die ich in These 5 unvollständig aufgelistet habe<sup>24</sup>, müssten klar und bündig, aber offen für mögliche Differenzierungen, ausformuliert werden als verbindliche Grundlage für die jeweiligen Sprecher. ... Man bräuchte freilich Pressesprecher, die die Zeit und Kraft aufbringen können und medieneeignet sind. Das könnte das größte Problem werden. Auch bin ich entschieden dafür, dass die Sprecher einen echten finanziellen Anreiz bekommen, denn was nichts kostet, ist nichts wert. Im Übrigen sehe ich nicht, was für den Anfang groß für Finanzen erforderlich sein sollten.“

Wenn selbst der klügste Beiträger zur Zentralratsdiskussion faszinierende Wunschlisten unterbreitet, selbst zugibt, dass es dafür Geld bräuchte, leider nicht sagt, woher dieses nebst der Arbeitskraft dafür kommen soll und zugleich behauptet, Geld sei nicht viel vonnöten, dann ist ein Konzept nicht wirklich in Sicht.

Nach anderthalb Jahren hochemotionaler Zentralratsdebatten ist weiterhin zur Zielstellung, Struktur, Organisation und Finanzierung alles völlig unklar. Die wenigen zwischenzeitlichen Konkretionsangebote von Michael Schmidt-Salomon<sup>25</sup>, wie z.B. eine die Verbände übergreifende Mitgliederversammlung quasi als „volonté generale“ der Konfessionsfreien zu organisieren, welche dann den Zentralrat wählen sollte, sind ebenso unpraktikabel, wie demokratisch fragwürdig.

Wer so indezent ist, konkrete Fragen an die neue Heilsbotschaft zu stellen, wird von deren gläubigen Adepten als „Bedenkenträger“, „Verhinderer“, „Funktionärsegoist“ usw. geschmäht – kurz: Zweifel sind vom Teufel. Zwar distanziert sich der Erfinder der Idee von den Auswüchsen seiner Fans, er selbst legt aber bereits in seiner Zentralratsrede diesen Populismus an, indem ein etwaiges Scheitern der Zentralratsidee selbstimmunisierend den Verbandsfunktionären anlastet.

Nach der zutreffenden Beschreibung der Ohnmacht der säkularen Szene – deren Ursachen Michael Schmidt-Salomon jedoch nicht analysiert – preist sein Vorschlag den Zentralrat als Lösung an. Nun wird aber nicht etwa beschrieben, was der Zentralrat und mit welchen Mitteln besser lösen könnte. Diese verheißungsvolle Wirkung wird schlichtweg postuliert und rein werbeteknisch fundiert. Kongenial zum Erfinder diskutierten Etliche in der Folge primär über den Namen – so, als ginge es darum, das verkannte Rumpelstilzchen Konfessionslose sollte durch Aussprechen seines wahren Namens sich als Superman entpuppen und damit die überschätzte Prinzessin Kirche als Hausdrachen im Staat überwinden.

---

<sup>24</sup> Gerhard Czermak: Zentralrat der Konfessionsfreien – Wunschtraum, Realutopie oder konkretes Projekt? [unveröff. Manuskript vom 05. September 2005] These 5.: Es gibt durchaus genügende Schnittmengen zwischen den in Frage kommenden Verbänden, die eine gemeinsame Außenvertretung rechtfertigen. Beispiele: Grundpositionen in bioethischen Fragen (Gentechnik, Embryonenschutz, Humanes Sterben; dabei Hinweis auf etwaige Minderheitspositionen in unseren Reihen nicht schädlich); Hinweis auf Diskrepanzen zwischen Kirchenlehre und Wissenschaft in geeigneten Fällen; Abwehr klarer kirchlicher Übergriffe; Kritik an der kirchlichen Okkupation öffentlicher Trauerfeiern; Gegenangriffe bei moralischen Pauschalverurteilungen von Nichtgläubigen durch Kleriker; Einsetzen für aufklärerische Positionen in den Medien; Kampf gegen kirchliche Zwangsmoral auch für Nicht- und Andersgläubige; gegen demokratieschädliche Organisationen wie Opus Dei; gegen ungerechtfertigte Staat-Kirche-Verträge, gegen die einseitige Subventionierung von Kirchentagen usw.; gegen einseitige Bevorzugung von Religionsgemeinschaften im Gegensatz zu Weltanschauungsgemeinschaften; gegen staatlichen Kirchensteuereinzug; gegen historische und andere Lügen; gegen Diskriminierungen von Minderheiten usw. In diesen und anderen Fragen wird es *sehr weitgehende Übereinstimmung* geben, wie auch anhand der verbandsinternen Publikationen nachzuweisen ist. So gesehen ist der kleinste gemeinsame Nenner doch ziemlich groß!

<sup>25</sup> <http://www.giordano-bruno-stiftung.de/Projekte/ladwigmuenchen.pdf>, S.12-13.

Die Zentralratsidee entpuppte sich bislang als „black box“. Da man nicht weiß, was drin ist, kann jeder seine Wünsche darauf projizieren. Das macht sie für viele attraktiv. Man darf wähnen, die eigenen Vorstellungen seien gemeint und erschrickt natürlich, wenn dieser Wunschtraum mit konkreten Fragen zerstört zu werden droht.

Einzig der IBKA könnte also aufgrund seiner bisherigen Beschlusslage pro Zentralratsidee aktiv werden. Nur: mit wem sollte er darüber zu verhandeln versuchen?

Gast der IBKA-Tagung in Köln Anfang Oktober 2005 war auch Bobbie Kirkhart, Präsidentin der *Atheist Alliance International*. Sie berichtete dort davon, dass kürzlich vier US-amerikanische säkulare Organisationen eine gemeinsame „umbrella-organisation“ gegründet haben. Dieser Prozess habe eines Vorlaufes mehrerer Jahre bedurft und darin die Arbeitskraft je eines Repräsentanten der beteiligten Verbände vollständig in Anspruch genommen. Zu Beginn seien klare Vereinbarungen getroffen worden, welche beispielsweise ein lokales Konkurrenz- und Abwerbeverbot zum Inhalt hatten.

Solange in der säkularen Szene hierzulande ähnliche Vorwürfe bzw. Rivalitäten bestehen und nicht ausgeräumt sind, wird es m.E. keinen Zentralratsprozess mit den darin involvierten Verbänden geben können. Allerdings finde ich die aufscheinende possessive Vorstellung, Mitglieder quasi als Besitz zu deklarieren und deren freie Entscheidung der Abwendung und ggf. Hinwendung zu anderen als „Crimen“ zu erachten, wenig hilfreich. Wer im fairen Wettbewerb Kunden verliert, sollte nicht über die böse Konkurrenz jammern, sondern sein eigenes Angebot verbessern. Dass es dem IBKA gelungen ist, in Zeiten der sozioökonomischen Krise jetzt im sechsten Jahr in Folge netto an Mitgliedern zu gewinnen, macht mir diese Aussage zugegeben leicht.

#### „Dritte Konfession“

Sind die Konfessionsfreien vielleicht als „Dritte Konfession“ organisierbar? Gemeint ist der insbesondere von Horst Groschopp vom HVD vertretene Ansatz, aus empirischen Befunden<sup>26</sup> eine Legitimation bzw. Strategie für eine nach dem Gleichbehandlungsprinzip arbeitende Interessensvertretung bzw. weltanschauliche Versorgung zumindest eines Teiles des konfessionsfreien Bevölkerungsanteiles – beispielsweise durch den HVD – abzuleiten: „Der HVD schärft sein humanistisches Profil. Das steht hinter der Debatte um die 'dritte Konfession', nicht die Anmaßung, alleiniger Repräsentant der Konfessionsfreien zu sein, nicht die Absicht gar, offiziell und beschlussmäßig das Konzept einer 'Konfession' zu vertreten.

Der HVD ist aber nun einmal eine Weltanschauungsgemeinschaft und kein neutraler Bürgerrechtsverein. Er möchte die breitere Organisation der 4,2 Mio Humanisten und der 700.000 unter den Konfessionsfreien, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können (*Allensbach* 2004); ihnen praktischen Humanismus bieten. Politisch setzt der HVD demzufolge auf Gleichbehandlung: Moderne 'Konfession' (als offene Lebensauffassung), z.B. 'Lebenskunde' als nichtreligiöser 'konfessioneller' (bekennender)

Weltanschauungsunterricht; dies auch auf andren Feldern: Bestattungskultur, Jugendfeier, Sozialarbeit, Sterbehilfe ... In der Debatte wird deshalb das *Humanistische Selbstverständnis* in Richtung 'Bekenntnis' zugespitzt, nicht in der Absicht, demnächst von den Mitgliedern ein Credo zu verlangen (wer so einen Quatsch vom HVD denkt oder gar niederschreibt, artikuliert seinen eigenen Unverstand).

Wir halten (für uns) die Gleichbehandlung für einen gangbaren Weg, die Privilegierung der Kirchen zu beenden mittels Pluralisierung in Staat und Gesellschaft. Mit einer 'Leitkultur' können wir deshalb wenig anfangen, auch wegen der politischen Belastung des Begriffs. In diesem Sinne wird der HVD seine ÖA verbessern nach dem Motto: Bessere 'Propaganda' bedarf klügerer Antworten. Und wir werden uns zu den Punkten öffentlich äußern, von denen

---

<sup>26</sup> <http://www.humanismus.de/aktuellesarchiv/502673961a120ea04.htm> und <http://www.humanismus.de/pressearchiv/50267396370f5ea01.htm> – Vgl. Horst Groschopp: Soziologische Befunde über die „dritte Konfession“. In: MIZ 4/04, S.12-14 sowie Ders.: Von den „Dissidenten“ zur „dritten Konfession“? In: Unitarische Blätter, 1/2006, S.42-45.

wir glauben, dass sie ein Mindestmaß von Aufmerksamkeit erregen und unser Profil ausdrücken. Die Erkenntnis der eigenen wirklichen – durchaus beschränkten – Leistungsfähigkeit ist dabei sehr hilfreich.“

Nur zwei derjenigen, die mir geantwortet haben, sind auf den Begriff „Dritte Konfession“ eingegangen und beide stammen aus dem bfg Bayern. Helmut Steuerwald meint: „Mit dem letztlich in kirchlichen Kreisen entstandenen Begriff der 'dritten Konfession' wird m.E. mehr Verwirrung geschaffen als Hilfe geleistet. Natürlich kann man in gewissen Kreisen den Begriff benützen, allerdings ist er untauglich als Namen für mehr oder weniger atheistische Laienbewegungen.“

Adi Meister: „Wir haben besseres zu tun als uns mit derartigen Luftbegriffen [gemeint ist 'Zentralrat', R.L.] ernsthaft auseinander zusetzen. Da sowohl die Katholen wie auch wir diesen Begriff reklamieren, sollten wir ihn nicht allzu sehr in den Vordergrund stellen. Das gleiche gilt für die 'dritte Konfession'. Hier begeben wir uns auf eine Ebene mit den Pfaffen und den anderen Verführern. ... Persönlich ist mir einfach das 'Anwanzen' an die Kirchen zutiefst zuwider. Die Positionen des bfg sind, bei aller Toleranz, antikirchlich, antikonfessionell und werden es bleiben. Eine dritte Konfession zu kreieren ist gelinde gesagt absurd, dumm und abwegig. Schon dass man sich diesen Begriff hat aufoktroieren lassen, ist unglücklich.“

Halten wir fest: Der Begriff „Dritte Konfession“ ist einerseits so ungebräuchlich, dass vielen nichts dazu einfällt – und andererseits so provokativ, dass er insbesondere bei dezidiert Antikirchlichen auf vehemente Ablehnung stößt. Ich selbst habe im Sommer 2005 formuliert, dass die deutschen säkularen Verbände für ein Modell nach Beneluxmuster heute 160 Jahre zu spät kämen.<sup>27</sup>

#### „Leitkultur Humanismus und Aufklärung“

Seit Anfang Oktober 2005 ist eine weitere Überlegung in der Debatte. Gemeint ist der von Michael Schmidt-Salomon vor kurzem im Auftrage der GBS verfasste Ansatz, das bisherige Verständnis von ‚weltanschaulicher Neutralität des Staates‘ für unzureichend zu erklären und dessen Ergänzung um eine „Leitkultur Humanismus und Aufklärung“ zu fordern.<sup>28</sup>

Offenbar reicht der provokative Leitkulturbegriff völlig aus, viel zu assoziieren – und dabei denken manche weniger an die von einigen Unions-Politikern ventilierte „christlich-patriotische Leitkultur“, als gleich an totalitäre Staatsformen, womit sie dem Verfasser der Leitkulturthese Unrecht tun.

Wer, wie der HVD, die Gleichbehandlung für einen gangbaren Weg hält, die Privilegierung der Kirchen zu beenden mittels Pluralisierung in Staat und Gesellschaft, kann mit einer „Leitkultur“ als Staatsphilosophie deshalb wenig anfangen, auch wegen der politischen Belastung des Begriffs. Zuerst kam der Zentralratsvorschlag, dann hieß es, mit der Leitkulturthese solle dem ein politisch-philosophisches Fundament gegeben werden und mit ersten Ergebnissen von *fowid* wird dafür jetzt eine gesellschaftliche Basis empirisch nachgeliefert.

Diese Reihenfolge ist verblüffend. Es werden also nicht Fragen gestellt, die Antworten ausgewertet, daraus Zielsetzungen entwickelt und dazu dann schlussendlich praktische Umsetzungskonzepte gesucht, sondern man schreitet von der angepriesenen Lösung – die ja bislang nur ein Namensvorschlag ist – über eine weitere Metaebene erst zur Datenanalyse.

Was beim Zentralratsvorschlag vielen nicht auffällt, dass da gar kein auf einer Analyse basierendes Konzept vorliegt, sondern nur die Vision des Etiketts für ein schwarzes Schächtelchen. Das entpuppt sich bei der Leitkulturthese als grundsätzliche methodische Schwäche. Die bittere Realität ist die relative politische Ohnmacht und sehr begrenzte öffentliche Wirksamkeit der säkularen Verbände.

<sup>27</sup> <http://www.giordano-bruno-stiftung.de/Projekte/ladwigmuenchen.pdf>

<sup>28</sup> Vgl. Manifest des evolutionären Humanismus. Plädoyer für eine zeitgemäße Leitkultur bei <http://www.leitkultur-humanismus.de/manindex.htm>

Mit der Zentralratsidee ist die Vision des gelobten Landes im Raum, wo alles besser wird. Der Zentralratsvorschlag sagt jedoch leider überhaupt nicht, wie man ganz praktisch dahin kommen kann, sein Erfinder suggeriert das Heil bloß.

Mit der Proklamation, die Grundlage des modernen Staates sei eine verdrängte Leitkultur von Humanismus und Aufklärung, wird die sehr reale Ohnmacht plötzlich rein definitorisch in einen Sieg verwandelt: Wir Säkularisten haben eigentlich schon gewonnen! Wir müssen nur noch die Kleinigkeit zustande bringen, dass der Staat und die Gesellschaft das auch endlich einsehen.

Das heißt: Mit der Leitkulturthese wird die real marginalisierte Minderheit der Konfessionsfreien zum eigentlichen Träger der Staatsphilosophie, die real privilegierte Mehrheit der Religiösen hat dann daraus legitimierte Diskriminierungen als gerechtfertigt hinzunehmen. Faktisch bedeutet dies eine Umkehrung der gegenwärtigen Machtverhältnisse. Wie man machtpolitisch vom religiösen Kopf auf die säkularen Füße kommt, bleibt erneut unbeantwortet. Das Ansinnen ist jedoch nicht nur ohne praktisches Konzept. Als Minderheit die Mehrheit dominieren zu wollen ist elitär, politisch auf friedlichem Wege kaum verwirklichtbar und angesichts der realen Machtverhältnisse völlig unrealistisch und zudem diskreditierend.

Selbst dort, wo die Mehrheit der Bevölkerung ja längst konfessionslos ist, nämlich in den neuen Bundesländern, ist der Einfluss von Kirche überproportional groß. Es gelang den säkularen Verbänden letztlich nicht, die Selbstentmachtung des Brandenburger Landtages durch dessen Zustimmung zum Konkordat zu verhindern, obwohl nur drei Prozent der Brandenburger katholisch sind.

Kürzlich hat in Berlin der Schulsenator erst den Kirchen den Curriculumentwurf für das neue Wertefach zukommen lassen, bevor der Text verzögert den Abgeordnetenhausfraktionen und später der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Wo „Ehrfurcht vor Gott“ staatliches Erziehungsziel ist, wird mit Verweis darauf aktuell die Gründung einer humanistischen Schule verweigert.<sup>29</sup> Wenn wir diese Verletzung der weltanschaulichen Neutralität des Staates kritisieren, dann doch nicht durch Proklamierung einer „humanistischen Leitkultur“? Es scheint, dass der Verweis auf *fowid*-Umfrageergebnisse suggerieren soll, es gäbe für bestimmte Fragen ausreichende gesellschaftliche Mehrheiten. Und dass man aus gemeinsamen Überzeugungen zu einem Bündel von Einzelfragen dann Politik organisieren könnte. Dem steht entgegen, dass eine Reformmehrheit zum Thema „Sterbehilfe“ schon lange existiert und es der zweifellos gut organisierten Öffentlichkeitsarbeit von DGHS, HU und HVD trotzdem nicht gelungen ist, dies politisch durchzusetzen. Mit welchen der bisherigen Ressourcen können wir mit welchen Maßnahmen mehr erreichen? Oder sollen etwa aus den Überzeugungsmehrheiten mit ganz neuen Werbestrategien auch neue (zusätzliche) Ressourcen geschöpft werden?

Horst Groschopp (HVD) wendet dazu m.E. berechtigt ein: „Das Problem, das wir alle zu lösen haben, ist doch das der wachsenden Organisationsunlust. Es ist eine Illusion, Menschen würden sich heute allein noch aus Gründen der Kirchenfeindschaft bzw. Konfessionsfreiheit organisieren, wo doch entgegen jedem Religiötaintment und allen De-Säkularisierungs-Prophetien allerorten die Religions- und Konfessionslosigkeit zunimmt.“ Wo ist also der praktische Ansatz der Leitkulturidee? Soll das der Zentralrat sein? Die hochabstrakten Debatten werfen die Frage auf, wie es denn um die Debattenkultur in der säkularen Szene bestellt ist.

### *Debattenkultur*

Nach den Veränderungsprozessen der säkularen Verbändelandschaft in Deutschland nach 1990 gab es eine Phase der Sprachlosigkeit zwischen vielen Verbänden. Es ist das Verdienst von Horst Groschopp, dies durch viele Reisen und Gespräche und die Initiierung der *Sichtungskommission* überwinden geholfen zu haben: „Wir wissen, dass wir in

---

<sup>29</sup> <http://www.hvd-nuernberg.de/files/Hintergrundinformationen.pdf> – <http://www.bfg-bayern.de/presse/schulvorhaben.htm>

bestimmten weltanschaulichen (wir sind nicht freireligiös) und politischen Fragen (z.B. in denen, die Freidenker derzeit stellen) nicht gemeinsam handeln oder uns äußern werden. Die Sichtungskommission funktioniert, weil sie danach gerade nicht fragt, sondern die gegenseitige Information verbessern will. Alles andere wäre gegenseitige Überforderung, die ja probieren kann, wer scheitern möchte.“

Zu dieser pragmatischen Feststellung gesellt sich eine Kritik von Gunnar Schedel, welche der Verfasser deutlich unterstreichen möchte: Er beurteilt die Debattenkultur „als miserabel, die Szene konzentriert sich (1) zu stark auf juristische Argumentationen (die zwar nicht verkehrt sind, aber eben keinerlei Perspektive auf Verwirklichung haben) und (2) zu stark auf *den Einen* großen Lösungsansatz. ... Politik ist dann zumindest potentiell erfolgreich, wenn sie sich abgestufte Ziele setzt und konkrete mittelfristige Kampagnen mit unterschiedlichen Aktionsformen initiiert.“

### *Perspektiven*

Die vielfältigen Versuche eines Teil des politischen Eliten in Deutschland, heutzutage Religion im staatlichen Raum noch stärker als bisher zu propagieren und privilegieren, sind keine Einzeltaten irgendwie reaktionär-verwirrter Geister – so absonderlich auch Manches von dort anmutet. Die neue Kulturkampfrhetorik, der Schrei nach unhinterfragten „Werten“ soll von den realen Ursachen krisenhafter ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ablenken. Die säkulare Substanz der Republik bröckelt und die religiösen Ideologen lassen sich ihre Abbrucharbeit auch noch öffentlich subventionieren. Die säkularen Verbände werden darauf unterschiedlich reagieren.

Horst Groschopp (HVD): „Hier entnehme ich persönlich der Beobachtung der säkularen Szene zwei (in meinen Augen) Erfolg versprechende Ansätze, die eine Art Doppelstrategie ermöglichen, verkörpert im Umfeld IBKA/GBS und HVD/JWD, die auch eine unterschiedliche Klientel bedienen und sich um zwei 'Humanismen' bemühen:

*Zum einen* ein bürgerrechtliches Konzept der Interessenvertretung Konfessionsfreier, der konsequenten Trennung von Kirche und Staat, verbunden mit grundsätzlicher Kirchen-, Weltanschauungs- und Religionskritik, ausgehend von einem politischen Konzept der 'Leitkultur', mit entsprechender Theoriebildung sowie adäquaten Aktionen wie in Köln 2005. Humanismus meint hier die Grundsätze der Vernunft, Menschenrechte, Demokratie, Toleranz, Rationalität und Säkularität.

*Zum anderen* ein weltanschaulich und praktisch orientiertes Konzept der Interessenvertretung Konfessionsfreier, mit einem Schwerpunkt auf den humanistischen Konfessionsfreien, der Trennung von Kirche und Staat auf dem Weg der Gleichbehandlung, verbunden mit Kirchen-, Weltanschauungs- und Religionskritik auf der Basis einer positiven 'Weltanschauung' mit entsprechender Theoriebildung sowie adäquater Lebenshilfe.

Humanismus meint hier die in den Prinzipien des *Humanistischen Selbstverständnisses* verankerten Überzeugungen, welche die Grundsätze der Vernunft, Menschenrechte, Demokratie, Toleranz, Rationalität und Säkularität in Richtung 'Bekenntnis' zuspitzen und nach lebenspraktischen Anwendungen suchen.“

Religionskritik, so wäre hier zu korrigieren, ist doch kein traditioneller „Kirchenkampf“. Die notwendige „Aufklärung über Wesen, Funktion, Strukturen und Herrschaftsansprüche von Religionen“ – zentraler Bestandteil des Vereinszweckes des IBKA e.V. – beinhaltet den kritischen Blick auf kleinere Religionsgemeinschaften ebenso wie den auf etablierte Kirchen, verbreitete traditionelle Religionen, neue Formen des Irrationalismus (z.B. Esoterik) und politisch-ideologische Religionen.

Gerhard Czermak (bfg Augsburg) fordert: „Vordringlich ist eine *gemeinsame Anlaufstelle* für die Medien“. Dazu zeichnet sich durch ein gemeinsames Projekt von HVD und GBS hierzu für den Herbst 2006 eine interessante Perspektive ab. Nach meiner Auffassung sind es solche konkreten Weiterentwicklungen, wozu ja auch *fowid* gehört – welche die Säkularen wirklich voranbringen. Ob daraus später mehr entstehen kann – etwa eine Art Zentralrat – wird sich erweisen.